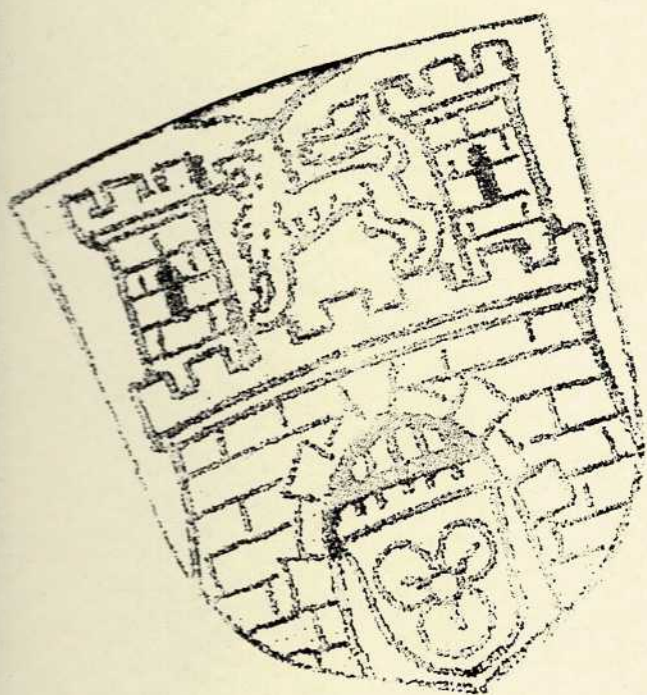
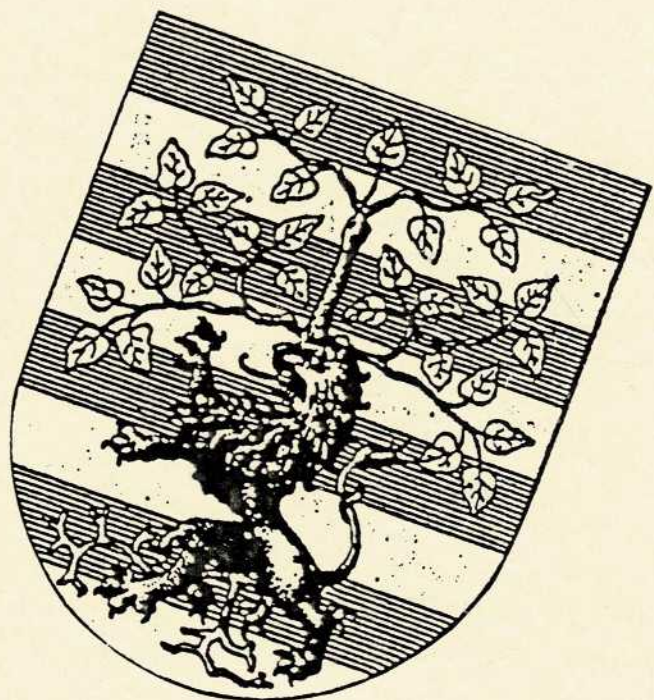


ZUR
EINGEMEINDUNG
LINDENS



NACH
HANNOVER

VORWORT

Jahrzehntelang prägte die sogenannte "Eingemeindungsfrage" das Verhältnis zwischen Hannover und Linden : Nach mehreren erfolglosen Versuchen Lindens einer Eingemeindung nach Hannover, folgte 1919 eine der heftigsten politischen Auseinandersetzungen zwischen Hannover und dem sich in der Zeit zur Stadt entwickelten Linden.

Die Eingemeindungsfrage hatte **harte Fronten geschaffen** und Gegner wie Befürworter wieder einmal auf den Plan gerufen, die sich Wortgefechte der unterschiedlichsten Art lieferten.

Wilhelm Schickenberg hatte in der Zeit des Krieges engagiert die Kriegsfürsorge aufgebaut und war später **Leiter der Dienststelle des Kriegsfürsorgeamts** geworden, das 1918 seinen Sitz im Alten Palais an der Leinstraße hatte : Er war **mit den sozialen Problemen** dieser Zeit **vertraut** und konnte so neben nüchtern scheinenden Zahlen **Unterschiede** und Gemeinsamkeiten der **sozialen Verhältnisse** Hannovers und Lindens beurteilen. Im Jahr 1922 sollte es ebenfalls Schickenberg sein, der die Wohlfahrtsordnung der Stadt Hannover auf den Weg brachte.

Seine Veröffentlichung "Warum ich für die Eingemeindung Lindens gestimmt habe" ist daher als Beispiel einer Position der Befürworter der Eingemeindung Lindens dieser Zeit zu sehen : Sie stellt das Für und Wider zur Eingemeindungsfrage und die damit verbundene Diskussion dar und zeigt in groben Zügen auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Zeit in Hannover und Linden auf scheinbare Ähnlichkeiten mit heutigen politischen Situationen oder Aussagen sind rein zufällig.

Sechs Stunden währte am letzten Oktobertage des bösen Jahres neunzehnhundertneunzehn die Redeschlacht im hannoverschen Rathaus. Des Bürgervorsteheraales gediegene Eichentäfelung hatte noch niemals so viele Menschen gesehen. Zwar wurde es stellenweise laut und unruhig. Aber wenn die Verhandlungen auch kaum einen Gedanken zeitigten, der in der Kommission nicht schon erörtert war, standen sie doch auf der Höhe des Objektes. Ja, manchmal konnte man sogar von parlamentarischen Gipfelpunkten sprechen. So während der nach Form und Inhalt ausgezeichneten Rede des rüstigen Kämpen Heinrich Tramm, während der mit achtungsvoller Spannung angehörten Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden Albert Pieper, der unzweifelhaft besten rethorischen Leistung des Abends, und während des markigen Appells, den der Bürgermeister Ludwig Weber an das Verantwortlichkeitsgefühl der rechts von ihm sitzenden Parteien richtete.

"Vereinigung der Städte Hannover und Linden" lautete die Tagesordnung. Um was handelte es sich ? Um Sieg oder Niederlage der Demokratie, der sozialen, nicht der sozialistischen Demokratie.

Über die Vereinigung selbst hätte man sich bald verständigen können. Sie war, objektiv und unpolitisch betrachtet, eine Selbstverständlichkeit. Das wäre noch deutlicher in die Erscheinung getreten, wenn man das Thema so gefaßt hätte :

"Abschaffung eines überflüssigen Verwaltungsapparates im westlichen Hannover".

Denn 52 Grad 22 Minuten nördlicher Breite und 9 Grad 44 Minuten östlicher Länge liegen, wie jedermann weiß und ein flüchtiger Blick auf die Karte bestätigt, nicht zwei Städte, sondern ein einziges abgerundetes und geschlossenes Siedlungsgebiet. Die Verträge, die inzwischen die Genehmigung der Landesversammlung gefunden haben, sprechen deshalb auch von der Vereinigung der beiden "Stadtgemeinden". Gemeinden sind Zwangsverbände, juristische Personen des öffentlichen Rechts. Was am 31. Oktober gemacht werden sollte, war also ein abstraktes Rechtsgeschäft. Keine Änderung tatsächlicher, natürlich gewordener Verhältnisse, sondern die Beseitigung einer Konstruktion, eines formalen Dualismus, dem schon seit langen Jahren jede innere Berechtigung gefehlt hatte.

Man stelle sich doch nur einmal vor, die Bewohner unserer Südstadt verlangten eines schönen Tages die Ausgemeindung ihres Stadtteils. Sie könnten dieses Verlangen mit viel besseren Gründen stützen, als sie heute noch für die Existenz der sogenannten Stadt Linden herhalten müssen. Die Südstadt hat einen Bahnhof, ein Theater, zwei Museen, eine Pferderennbahn und manches andere, was Linden bisher vergeblich erstrebt hat.

Die Südstädter würden erklären : "Diese Annehmlichkeiten genügen uns. Wir wollen nur noch eine besondere Stadtverwaltung und ein eigenes Bürgervorsteher-Kollegium mit möglichst wenig Sozialdemokraten. Die Lasten, die die nördlichen Arbeiterviertel der Stadt Hannover aufbürden, soll die Nordstadt allein tragen, und wenn sie das nicht kann, soll sie die Villenbesitzer im Hindenburgviertel zu Hilfe nehmen".

Was, meint man, würden die Parteien, die jetzt Himmel und Hölle gegen die Eingemeindung Lindens in Bewegung gesetzt haben, zu einem derartigen Antrage der Südstädter wohl sagen ? Wenn Sie's mit der Logik nicht verderben wollen - und darauf dürfte es der Jurist Arthur Menge doch wohl nicht ankommen lassen - müßten sie dem Verlangen der Südstädter zustimmen. Denn den beiden Fundamentalgrundsätzen der Rechtsparteien würden die südstädtischen Autonomisten durchaus gerecht : "Wer wohlhabend ist, soll seinen Wohlstand allein genießen" und "Sozialdemokraten soll man unter sich lassen". Dennoch ist es ausgeschlossen, daß die Deutsch-Hannoveraner und die Bürgerliche Mitte einer solchen Zerschlagung Hannovers zustimmen könnten. Man schafft nicht künstlich ein kommunalpolitisches Chaos, wie es im größeren Maßstabe Berlin darstellt, dessen hundert einzelne Gemeinden jetzt von staatswegen zusammengeschweißt werden sollen. Darum würden die beiden Parteien zwar erklären : "Prinzipiell sind wir natürlich für die Ausgemeindung der Südstadt. Nur halten wir den gegenwärtigen Augenblick dazu für ungeeignet". Im Innern aber würden sie denken, wie sie am letzten Oktobertage dachten : "Aufgeschoben, aufgehoben".

Denn so war es doch. Bürgervorsteher Dr. Menge meinte zunächst, man solle noch ein halbes Jahr warten; nachher sprach er von "ein oder zwei Jahren". Die übrigen Redner der Rechten drückten sich aber viel unbestimmter aus. Charakteristisch war die Rede des Bürgervorstehers Schuster von der Bürgerlichen Mitte. Er sagte : "Wenn der Zeitpunkt erst einmal gekommen ist, wo wir aus unserm politischen Rausch erwachen und wieder nüchtern werden - und das kann sehr bald geschehen, wenn erst einmal die Bedingungen des Friedensvertrages wirksam geworden sind - ist es vielleicht an der Zeit, sich wieder mit der Eingemeindungsfrage zu beschäftigen". Wenn- wenn - vielleicht ! Was heißt das ? Es heißt : "Wir wollen erst einmal abwarten, ob uns der Zug nach rechts nicht bei den nächsten Wahlen die Mehrheit auf dem hannoverschen Rathause bringt. Dann wollen wir uns "vielleicht" über die Eingemeindungsfrage unterhalten". Und was würde wohl bei dieser Unterhaltung herausgekommen sein ? Die reaktionäre Mehrheit würde in dieselbe Kerbe gehauen haben, die der Stadtdirektor Tramm dreißig Jahre lang tiefer und tiefer geschnitten hat.

Und gerade diesen Schnitt, die unheilvolle lokale Vertiefung des allgemeinen Gegensatzes zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, galt es auszukitten und aufzufüllen. Konnte sich der Vertreter einer Partei, die in ihrem Programm die Sätze stehen hat

Demokratie heißt Interessenausgleich, heißt Aufhebung jeden dauernden Gegensatzes zwischen Herrschenden und Beherrschten, heißt gleiches Recht für alle in den Einrichtungen des Staates wie der Gesellschaft,

eine dankbarere Aufgabe denken, als sie am 31. Oktober gestellt war ? Albert Pieper hat in reichlich weit übertriebener Rücksicht auf die Zeit der Versammlung diesen politischen Kernpunkt der Eingemeindungsfrage nur kurz gestreift. Es sei mir gestattet, ihn hier etwas ausführlicher zu erörtern. Wenn ich mich vorwiegend auf persönlichem Gebiete bewegen muß, so liegt das nicht an mir, sondern daran, daß der Mann, um den sich in dieser Sache alles dreht, niemals einen Gegenspieler gehabt hat, der ihm, dem Autokraten, die Sturmflagge der Demokratie entgegengeschwungen hat.

Warum war Heinrich Tramm sein lebelang gegen die Eingemeindung Lindens ? Lehrer Prinzhorn, der frühere langjährige Lindener Wortführer, hat in der Versammlung unseres demokratischen Ortsvereines am 29. Oktober anschaulich erzählt, wie 1889 die Eingemeindung Lindens eigentlich fertig gewesen, dann aber plötzlich der Senator Tramm aus Berlin herbeigeeilt sei und im Handumdrehen den ganzen Plan zu Wasser gemacht hätte. "Warum ? Nun, dann wäre in den hannoverschen Magistrat auch der geniale Lindener Bürgermeister Lichtenberg gekommen und ein gefährlicher Konkurrent Tramms bei der nächsten Stadtdirektorwahl geworden." Ob's wahr ist ? Ich möchte zweifeln und eher glauben, daß sich der junge Tramm dem Lindener Kollegen durchaus überlegen gefühlt hat. Jedenfalls aber ist die Prinzhorn'sche Geschichte ein Symptom für die in Linden unausrottbare Überzeugung, daß während des letzten Menschenalters die Eingemeindung einzig und allein durch Tramm vereitelt worden ist. Diese Überzeugung dürfte richtig sein. Herr Tramm hat am 31. Oktober nicht widersprochen, vielmehr in der Einleitung seiner Hauptrede, als er auf meinen Zwischenruf, nicht der Magistrat, sondern er, Tramm, hätte die Eingemeindung angelehnt, zurückkam, nur gesagt, er hätte sich 1889 pflichtgemäß gegen den Anschluß Lindens aufgelehnt und er hätte in den Städtischen Kollegien niemals einen "offiziellen Antrag" auf Wiederaufnahme der Eingemeindungsverhandlungen gehabt. Der Wortführer Lenzberg hat dann auch festgestellt, daß Herr Tramm die Verantwortung auf sich genommen und dessen sogar noch gerühmt hätte.

Darauf hat der Angegriffene in einer persönlichen Bemerkung gesagt : " Ich kann nur erwidern, daß für mich die Interessen Hannovers im Vordergrund gestanden haben, und daß es mir nicht möglich war, der Eingemeindung im Jahre 1889 zuzustimmen, weil die Stadt Hannover noch so viele rückständige große Anlagen durchzuführen hatte, daß es ein Verbrechen gegenüber der Entwicklung meiner engeren Heimat gewesen wäre, wenn ich sie damals mit einem derartigen Balast beladen hätte." Das "Verbrechen" hat der Bürgermeister in seinem "Kommunalpolitischen Bekenntnis", das er am 8. November den Zeitungen übersandte, in das richtige Licht gestellt. Wenn sich aber der **jetzige Bürgervorsteher Tramm** hinter den Mangel eines offiziellen Antrages zurückzieht, so reizt das den Eingeweihten nur zum Lachen. Als ob er sonst "offizielle Anträge" abgewartet hätte ! Als ob nicht kluge Leute, wenn sie etwas erreichen wollten, alles mögliche getan, aber keine offiziellen Anträge gestellt hätten ! In Wirklichkeit ist aber mindestens ein offizieller Antrag auch gestellt worden. Ich habe durch einen zweiten Zwischenruf auf die Mahnung hingewiesen, die der Oberpräsident von Wentzel 1908 bei dem 25jährigen Magistratsjubiläum Tramm an diesen gerichtet hat, er möchte der Eingemeindung Lindens unter besonderer Berücksichtigung der Hafenverhältnisse nähertreten. Was tat damals Herr Tramm ? Man hätte erwarten können, daß er höflich erwidert hätte, er würde die Anregung Seiner Exzellenz im Magistrat beraten lassen. Statt dessen die bruske Antwort : "Ich muß diese Betrachtung aus dem Bereiche meines ganzen Denkens ausscheiden". Die Haltung der Magistratsmitglieder war auch danach ! **Senator Fink** hat am 31. Oktober gesagt, er hätte es "für einen schweren Fehler gehalten, daß die **Eingemeindung nicht schon früher erfolgt sei**". Wie Fink, der anscheinend im letzten Augenblick der Parteidisziplin nachgegeben hat, dachten andere Senatoren. Fragte man sie aber, warum sie mit ihrer Ansicht nicht hervorträten, erhielt man regelmäßig die je nach Temperament melancholisch oder sarkastisch klingende Antwort : "Was nützt's ? Er will nicht." Er !

Und abermals stehen wir vor der Frage : Warum sollte Er nicht ? Ich möchte versuchen, seine Haltung psychologisch zu erklären. Gerade in der Eingemeindungsfrage hat sich an Tramm das Wort bewahrheitet, daß Menschen sich Verhältnisse schaffen, und daß es nicht umgekehrt ist. In diesen positiv oder negativ wirksamen, dominierenden Menschen sind es aber nur zu häufig weniger die Kräfte des Verstandes als die des Gefühles, die den Ausschlag geben, auch da, wo es sich augenscheinlich um rein verstandesmäßige Dinge handelt. Herr Tramm versichert in der Versammlung : Mit "Empfindungen" könne man ihm nicht imponieren, der Magistratsvorsitzende triebe "Illusionspolitik". Alles, was, "vom Standpunkte der Gerechtigkeit und vom Standpunkte allgemeinen sozialen Empfindens" für die Eingemeindung gesagt sei, bezeichnet der Redner als "Redensarten".

Dagegen vermißt er immer wieder die Wahrnehmung der materiellen, finanziellen und wirtschaftlichen Interessen Hannovers und fährt das schwere Geschütz sechs- und siebenstelliger Zahlen auf, die uns "eine finanziell gar nicht auszudrückende Last" auferlegen würden. Auf die Zahlen komme ich noch zurück. Hier aber muß gesagt werden : Mögen die finanziellen Interessen heute bei Herrn Tramm allein maßgebend sein – ich glaube es nicht –, während seiner Bürgermeisterzeit, von der wir jetzt sprechen, waren sie nicht maßgebend. Da stellte er einen großen Teil seiner Politik – dazu gehört auch die Eingemeindung – nicht auf rationelle Erwägungen und eine sorgfältige wissenschaftliche Beobachtung der politischen Strömungen und ihrer Quellen ein, sondern ließ sich leiten von seinem Gefühl, sagen wir, von seinem Instinkt. Der traf in allen möglichen praktischen Tagesfragen manchmal mit verblüffender Sicherheit den Nagel auf den Kopf und beschämte die am allersorgfältigsten präparierten Fachmensen. In der Schicksalsfrage unsere Zeit aber, ob ein modernes Volk auf die Dauer von oben nach unten regiert werden könnte, und zwar so, daß die Besitz- und Einkommensverhältnisse sich immer mehr zu Gunsten der Groß-Kapitalisten verschöben, in dieser Frage versagt Heinrich Tramm politischer Instinkt. Hier trieb er das, was er seinem revolutionärem Nachfolger auf dem Bürgermeisterstuhl vorwirft, Illusionspolitik. Trieb sie bis zum letzten Augenblick, im großen wie im kleinen.

Der Stadtdirektor Tramm fürchtete, nein, das ist nicht das richtige Wort, sagen wir in seinem Stile : perhorreszierte das Proletariat. Nicht den einzelnen Proletarier. Mit dem konnte er verständlich und gemütlich plaudern. Dessen Familie konnte er reichlich beschenken, überreichlich manchmal, wenn ihm ihre Not anschaulich geschildert wurde. Aber, wohl gemerkt, immer nur in Einzelfällen. Rückten ihm Angehörige des vierten Standes als Masse auf den Leib, schlossen sich bei ihm alle Poren des Mitleids, und er fühlte, scheint mir, ein körperliches Mißbehagen seinen Rücken heraufkriechen. Die Witterung liebte er nicht; ihr ging er in großem Bogen aus dem Wege. Herrenmensch und Masse ! Sie haben sich von jeher abgestoßen. Die Arbeitermassen, die jenseits der Ihme in hohen Mietskasernen eng gedrängt wohnten, mochten bleiben, wo sie waren. Sie waren da unter sich. Ihre Quartiere störten nicht die Landhausviertel der Bourgeois-Stadt Hannover. Ihre Forderungen, die natürlich nicht aus ihrer eigenen Seele hervorquollen, sondern ihnen von rührigen Agitatoren eingeblasen waren, mochten sie bei Herrn Lodemann anbringen. Der mag sich mit ihnen herumschlagen, mag eine Volksschule nach der anderen bauen und im übrigen sehen, wie er mit seinen Steuern zurechtkommt. Soll ich mir etwa ohne Not diese ganzen Schwierigkeiten auf den Hals laden ? Soll etwa gar einen schönen Tages ein sozialistischer Bürgervorsteher in mein Rathaus einziehen und mir die tadellos ausgerichtete Reihe meiner Bürgervorsteher verschimpfieren ?

So fühlte, glaube ich, der letzte Stadtdirektor der Königlichen Haupt- und Residenzstadt. Natürlich war er zu klug, diese Empfindungen laut werden zu lassen. Dennoch fühlten sie die heraus, die es anging. Sie waren ohnehin mißtrauisch genug gegen die herrschenden Kreise, die das Proletariat niederzuhalten suchten, die sich immer wieder einer Reform des preußischen Wahlrechtes und manches anderen unzeitgemäßen Gesetzes entgegenstimmten, in den hannoverschen Städten z.B. einer Herabminderung des Bürgergewinngeldes. Und so war es nicht weiter verwunderlich, daß sich ein besonders gehäuftes Maß von Verbitterung hineinfräß in die Seelen der Lindener Arbeiter, von denen ein erheblicher Teil zu den Gewinnen beitrug, die die hannoversche Industrie ihren Aktionären alljährlich in den Schoß warf. "Wir sind ihnen nicht gut genug", sagten die Lindener Arbeiter, "sie können auf der anderen Seite nur Rentiers gebrauchen". Hatten wir dagegen bis zur Revolution etwas Stichhaltiges einzuwenden? Nein. Dann gibt es doch nur einen Schluß: Was nach der Umwälzung in der hannoverschen Stadtverwaltung demokratisch fühlte, mußte die Initiative ergreifen, die Zurücksetzung, das Unrecht gutmachen, das der Lindener Einwohnerschaft zugefügt worden wäre. (Ich sage "Unrecht", obwohl ich im Geiste um einen bekannten Juristenmund ein spöttisches Lächeln spielen sehe.) Der Sozial-Demokrat Leinert hat diese Initiative bald nach seinem Amtsantritt ergriffen. Hätte er es nicht getan und sich sonst niemand dazu bereit gefunden, würde ich sofort nach meiner Wahl zum Bürgervorsteher den Versuch gemacht haben. Ich zweifle auch nicht, daß ihm die Mehrheit meiner Parteifreunde zugestimmt hätte. Spendeten sie mir doch schon im März in unserer Mitgliederversammlung einmütigen Beifall, als ich ausführte, die Eingemeindung Lindsens sei Hannovers verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Der ist auch in meinen Augen kein Demokrat, der sich das deutsche Volk nicht ohne Klassenunterschiede denken kann, dem der Mann im Arbeitskittel gleichgiltig, wenn nicht unsympathisch ist, und der nicht dafür eintritt, daß aus dem Überfluß der wirtschaftlich Gutgestellten denen geholfen wird, die sich aus eigener Kraft kein dem Hochstand unserer Kultur entsprechendes Dasein verschaffen können. Hätten wir solch demokratische Gesinnung betätigt und nicht nachgelassen in der sozialen Reform: die unselige Revolution wäre uns erspart gewesen. Das ist meine feste Überzeugung. Und wir haben, wie Freund Pieper am 31. Oktober scharf betont hat, gelernt aus den Fehlern und Unterlassungen der Vergangenheit. Deshalb haben wir dem Eingemeindungsantrag zugestimmt. Wir wollten Mißtrauen wandeln in Zutrauen, wollten Bitterkeit ausmerzen und nicht dulden, daß sich infolge der Ablehnung der Eingemeindung der alte Groll noch tiefer bohrte. Letzten Endes glauben wir, durch unsere Abstimmung politische Beruhigungsarbeit geleistet zu haben.

Albert Pieper hat auf diesen Punkt, über den sich die Redner der Rechten anscheinend ohne Beschwerde hinweg gesetzt haben, so treffend hingewiesen, daß ich nichts besseres tun kann, als seine Worte hier wiedergeben :

Wir wissen ganz genau, daß in der Arbeiterstadt Linden viel radikalere Bestrebungen im Gange sind, als wir sie bisher in Hannover gehabt haben. Uns ist aber auch nur zu bekannt, daß die vernünftigen Kreise der Arbeiterschaft sich bisher stets gegen die zerfetzenden Einwirkungen der radikalen Kreise gewandt haben. Ich behaupte, daß es gerade der aufrechten widerstrebenden Haltung der vernünftigen Kreise der Arbeiterschaft zu danken war, wenn die zerstörenden Elemente bis jetzt nicht so großen Schaden angerichtet haben, als es in Wirklichkeit geschehen ist. Wenn wir aber jetzt den vernünftig denkenden Teil der Arbeiterschaft von uns abstoßen, indem wir durch die Ablehnung der Eingemeindung zu erkennen geben, daß wir nichts mit ihnen gemein haben und ihnen keine Unterstützung gewähren wollen, dann wird die Folge davon sein, daß die radikalen Kreise immer mehr die Oberhand bekommen, weil es den vernünftig denkenden Leuten leid wird, gegen sie anzukämpfen.

Ganz recht ! Hannover durfte, nachdem sich seine stärkste Partei mit den Lindenern solidarisch erklärt hatte, nicht einmal mehr den Schein auf sich laden, als wollte es mit den Menschen auf der anderen Seite des trennenden Flusses nichts zu tun haben. Politische Gerechtigkeit, politischer Anstand und politische Klugheit forderten kategorisch die Eingemeindung. Sie wurde beschlossen dank der sieben Stimmen der Deutsch-Demokraten.

Nun aber endlich zu der "finanziell gar nicht auszudrückenden Last", die uns die Eingemeindung auferlegen soll. Sehen wir sie uns einmal etwas genauer an.

Die Stadt Hannover ist seit Jahren nicht nur moralisch, sondern auch geschäftlich Schuldnerin ihres "Lindens" genannten westlichen Viertels. Direktor Dr. Seutemann hat 1907 den nach dem Kommunalabgabengesetz zu berechnenden jährlichen Zuschuß, den Hannover für die in seinem Bezirk beschäftigten, in Linden wohnenden Arbeiter zu den Lindener Ausgaben hätte leisten müssen, auf 75000 Mark geschätzt.

Hannover hat sich damals im Vergleich aber nur zu Leistungen im Werte von etwa 30000 Mark bereit gefunden. Wahrscheinlich ist die Differenz im Laufe der Jahre zu Lindens Ungunsten größer geworden. Auch war der Anspruch von vornherein zu gering bemessen. Dr. Seutemann sagt in der Denkschrift vom April 1919, die den Kommissionsberatungen zugrunde gelegen hat, mit Recht, daß der Zuschußantrag sachlich und rechtlich viel zu sehr eingeschränkt gewesen wäre. Welche Summe würde wohl entstehen, wenn man den **Steuerausfall errechnete**, den die **Stadtgemeinde Linden dadurch** gehabt hat, daß sich manche Geschäftszweige wegen der erdrückenden Konkurrenz Hannovers in ihren Mauern überhaupt nicht halten konnten, und daß die Lindener, wenn sie in Konzert oder ins Theater wollten, **über die Ihmebrücke mußten und ihre Vergnügungssteuer in den hannoverschen Stadtsäckel floß**. Daß ein paar von den 10 Millionen, mit denen der Bürgervorsteher Tramm Linden vorbelasten wollte, durch eine solche Gegenrechnung aufgebracht würden, kann man gut und gern annehmen. Damit wären dann aber auch, wenn man sich überhaupt auf diesen geschäftlichen Standpunkt stellen wollte, für mehrere Jahre die neuen Lasten ausgeglichen, die Groß-Hannover durch die Eingemeindung Lindens erwachsen sollen.

Über die **Höhe dieser Mehrausgaben** gingen die Meinungen der Opposition auseinander. Bürgervorsteher Dr. Menge schätzte sie unter Berufung auf die Rechnung, die Herr Tramm in der Kommissionssitzung am 2. September 1919 aufgemacht hatte, auf 2 Millionen. Tramm selber hatte sich aber inzwischen durch die Darlegungen der Sachverständigen und des Lindener Magistrats belehren lassen und sprach nur noch von einer Million, zu der allerdings noch die Kosten der Kanalisation kämen. Dazu ist im einzelnen folgendes zu sagen.

Gegenüber den weiten Flächen, die im eigentlichen Hannover noch ohne **Kanalisation** sind (Buchholz, Bothfeld, Hainholz usw.), kommt das kleine Stück, das an der Kanalisation von Alt-Linden noch fehlt, kaum in Betracht. Die hannoverschen Gebiete in der bisherigen Weise zu kanalisieren, würde nach den Mitteilungen des **Baurates Bock** mehr Geld kosten, als die gesamte vorhandene Kanalisation Hannovers erfordert hat. Das bedeutet, daß diese Kanalisation einfach unausführbar ist und durch andere, billigere Einrichtungen ersetzt werden muß. Was aber für Hannover gilt, gilt selbstverständlich auch für Linden. Darum hat es keinen großen praktischen Wert, wenn aus dem Eingemeindungsvertrage der Satz gestrichen worden ist, daß die **Entwässerungs-Kanalisation Alt-Lindens** möglichst innerhalb 10 Jahren durchgeführt werden sollte. Wir Demokraten haben die Streichung dieser Bestimmung aber durchgesetzt zur Beruhigung der Bewohner unserer unkanalisierten Vororte, in denen sich, wie uns wohl bekannt ist, aus diesem Mangel **allerlei schwere Mißstände** schon seit Jahren bemerkbar machen.

Ob endlich die Kanalisation der Lindener Vororte Limmer und Ricklingen, zu der wir uns als Rechtsnachfolgerin der selbstständigen Stadt Linden verpflichten mußten, bis 1928 wirklich fertig wird, ist überaus zweifelhaft. Vermutlich werden wir uns hier wie bei manchen, manchen anderen Dingen mit dem banalen Satze trösten müssen: "Es hat solange gegangen, da wird es wohl auch noch ein paar Jahre weiter so gehen." Sollten sich die Verhältnisse aber besser gestalten, als ich anzunehmen wage, haben wir durch die von Herrn Tramm in den Eingemeindungsvertrag hineingebrachte Bestimmung, die hannoversche Kanalisation sofort nach der Eingemeindung in Linden einzuführen, Vorsorge getroffen, daß die Allgemeinheit durch die Lindener Kanalbauten nicht übermäßig in Anspruch genommen wird. (Bekanntlich hätten wir in Hannover die Kanalgebühr schon seit Jahren heruntersetzen können, wenn wir uns mit der regelmäßigen Tilgung unserer Kanalanleihen begnügt hätten.) Soviel über die Kosten der Kanalisation, mit denen man die Hannoveraner gruselig machen wollte.

Mit den Straßenbaukosten steht es ähnlich. Auch hier liegen Verpflichtungen für einzelne Lindener Vororte vor. Andererseits sind sofort nach der Eingemeindung von den Lindenern die hannoverschen Anliegerbeiträge zu entrichten. Wenn wir Pflaster- und sonstiges Baumaterial beschaffen, wird uns der Lindener Straßenbau mit jährlich 300000 Mark mehr belasten. Darüber sind sich die Parteien einig, ebenso darüber, daß wir für Kehrrichtabfuhr 100000 Mark mehr ausgeben müssen, und darüber, daß die Straßenbahn an Groß-Hannover jährlich 200000 Mark weniger abzuführen braucht, als sie an Hannover und Linden abzuführen hat. Der Magistrat Hannover hat zwar der Kommission mitgeteilt, er würde bei nächster Gelegenheit auf die Straßenbahn einwirken, daß sie die durch die Eingemeindung erlöschenden Verpflichtungen wieder übernehme. Herr Tramm hat diese Mitteilung "ungefangene Fische" genannt. Und darin muß man ihm, glaube ich, beistimmen.

Keineswegs aber kann man seiner Behauptung beitreten, wir würden 300000 Mark im Jahre aufzuwenden haben, um das Lindener Armenwesen auf den hannoverschen Stand zu bringen. Daß sich Herr Tramm in diesem Punkte irrt, ist durchaus verständlich. Denn in den Kommissionsverhandlungen ist über das Verhältnis zwischen dem Armenwesen der beiden Städte niemals Klarheit zu erlangen gewesen. Will man diese haben, ist zunächst festzustellen, daß die Kosten für die sogenannte geschlossene Armenpflege, also die Verpflegungskosten in Anstalten aller Art, verhältnismäßig gleich sein müssen, da im wesentlichen von beiden Städten dieselben Anstalten benutzt werden. Nach der erwähnten Denkschrift des Direktors Dr. Seutemann betragen die Kosten der geschlossenen Armenpflege, auf den Einwohner gerechnet, im laufenden Haushaltsplan für Hannover 1,58 Mark und für Linden 1,55 Mark. Diese Ausgaben werden sich auch künftig gleichmäßig entwickeln, ohne daß die Verwaltung viel daran ändern kann.

Ein Unterschied tritt aber in der offenen Armenpflege zutage, d.h. in der Unterstützung der Armen durch bares Geld und Naturalien. Hier glaubt man unwillkürlich, weil man sich daran gewöhnt hat, vom "armen Linden" zu sprechen, dort nähmen unverhältnismäßig mehr Leute als in Hannover die öffentliche Armenpflege in Anspruch. Das Gegenteil ist richtig. In Hannover bezogen im Oktober 1919 rund 1000 Parteien (Einzelpersonen und Familien) laufende Armenunterstützung. Im Verhältnis der Einwohnerzahlen hätten es in Linden mindestens 270 sein müssen. Es waren aber nur 170 ! Man könnte nun aber vielleicht meinen, die Erwerbslosenfürsorge hätte Linden noch stärker als in Hannover zur Entlastung der Armenpflege beigetragen. Aber auch das ist nicht der Fall. Denn im Oktober 1917 unterstützte die Lindener Armenverwaltung 120, ein Jahr später 125 Parteien, während sich die Zahlen für Hannover auf 960 bzw. 820 stellten. Man darf aber auch nicht auf den wieder naheliegenden Gedanken kommen, Linden hätte für seine Armen schlechter gesorgt als Hannover. Denn im Oktober 1917 betrug die durchschnittliche monatliche Barunterstützung in Linden 13 Mark, in Hannover 10 Mark; im Oktober 1918 betrug sie in Linden 15 Mark und in Hannover 11 Mark. Im Oktober 1919 zahlten bei Städte gleichmäßig 26 Mark. Nach ihren Haushaltsplänen hätten sie beide mehr gewähren können, Hannover mehr als das Doppelte. Das spricht sich in den Zahlen der statistischen "Denkschrift" aus, die für die gesamte offene Armenpflege wieder auf den Einwohner berechnet worden sind. Danach stehen für das laufende Rechnungsjahr in Hannover 4,96 Mark und in Linden 1,23 Mark zur Verfügung. Diese Zahlen haben augenscheinlich den Bürgervorsteher Tramm zu seiner irrigen Annahme geführt. Wenn wir in Groß-Hannover die im hannoverschen Haushaltsplan vorgesehene Unterstützungssumme aufbrauchen und die Unterstützungen für das frühere Lindener Gebiet auf dieselbe Höhe bringen wollen - ich glaube, wir müssen und werden das tun - würde sich die Mehrausgabe für Linden auf 67000 Mark im Jahre stellen. Wenn wir ferner auf dem zweiten wichtigen Gebiet der offenen Armenpflege, der Unterbringung der obdachlosen Kinder in Familienpflege, für die Linden jetzt im Durchschnitt monatlich nur 15 Mark aufwendet, den hannoverschen Satz von 40 Mark zahlen - auch das scheint mir unerlässlich - ergibt sich ein Plus von 38000 Mark für das Jahr. Die sonstigen Zweige der offenen Armenpflege hinzugerechnet, wird das Armenwesen für Groß-Hannover eine Mehrausgabe von 110000 Mark notwendig machen, d.h. den dritten Teil des von Bürgervorsteher Tramm geschätzten Bedarfs.

Wir kommen damit, solange wir die Kanalisation ausscheiden, auf eine Gesamt-Mehrbelastung von 710000 Mark und auch dann nur, wenn wir uns wirklich im Straßenbau betätigen. Diese Summe kann aus dem Barvermögen, das Linden mit in die Ehe bringt, fünf Jahre lang gedeckt werden.

Aber auch wenn das nicht ginge, würde die Notwendigkeit, einen solchen Betrag heranzuschaffen, für mich kein Grund gewesen sein, gegen die Eingemeindung zu stimmen. Mißt man diese $\frac{3}{4}$ Millionen an den 84 Millionen etatmäßiger Gesamtausgaben der beiden Städte im laufenden Rechnungsjahr, einer Summe, die durch gedeckte Nachbewilligungen auf mindestens 95 Millionen gestiegen ist, wird man mir zugeben, daß die, die da von einer "außerordentlich schweren finanziellen Belastung" mit "außerordentlich weittragenden Folgen" (Menge) und von "finanziellen Ausgaben, die geradezu ungeheuerlich sind" (Tramm), sprechen, weiter nichts tun, als Stimmung machen, und darauf fällt man mit nüchternem Verstande nicht herein. Der laufende Lindener Haushaltsplan wird übrigens voraussichtlich mit einer Mehrausgabe von mindestens anderthalb Millionen abschließen, denen nur etwa 500000 Mark Nachbewilligung gegenüberstehen. Also kann aus dem dann verbleibenden Überschuß zwei Jahre Mehrausgabe beglichen werden. Man sieht daraus, daß wir von drei verschiedenen Punkten aus die Zahlenbatterie der Opposition erfolgreich angreifen können : Von der Vorbelastung, die Linden als Arbeiterwohnsitzgemeinde Hannovers seit langen Jahren auf sich genommen hat, von dem Kapital, daß Linden in die Stadtkasse Groß-Hannovers mit hereinbringt, und von dem Überschusse seines laufenden Rechnungsjahres. Aber selbst wenn dieser dreifache Angriff scheitern sollte, bleibt für mich bestehen das gut demokratische Wort, das Georg Lenzberg sprach : "Ich stehe auf dem Standpunkt, die Frage nicht nach meinem Portemonnaie, sondern nach meinem Herzen zu entscheiden".

Nun ist für die Vorbelastung, die Bürgervorsteher Tramm forderte, noch ein zweites Moment angeführt worden, das am 31. Oktober von den Rednern der Linken leider nicht mit der nötigen Deutlichkeit zurückgewiesen worden ist. Die Vorbelastung sollte auch ein "Ausgleich für die Vorteile sein, die der Stadt Linden aus der Eingemeindung erwachsen". Die Senatoren Benthien und Otte haben diesen Gedanken lebhaft unterstrichen, dieser in dem ihm eigenen Jargon : "Im gewöhnlichen Wirtschaftsleben pflegt man zu sagen ..." Herr Dr. Menge verwies ebenfalls auf den Vermögensunterschied der beiden Städte und meinte, die Lindener machten ein "kolossales Geschäft". Ich möchte diese Bemerkung zusammenbringen mit einer anderen des Bürgervorstehers Menge : "Wenn man der Rede des Herrn Oberbürgermeisters mit geschlossenen Augen zugehört hätte, dann hätte man annehmen können, daß sie von dem Lindener Oberbürgermeister gehalten worden wäre.... Ich vermisste darin vollkommen die hannoverschen Interessen". Fast mit denselben Worten hat Herr Tramm nachher das nämliche gesagt. Da ich in der Verhandlung durch den Schluß der Debatte verhindert wurde, zu erwidern, möchte ich den Herren hier entgegenhalten, daß durch solche Ausführungen der demokratische Grundgedanke der deutschen Selbstverwaltung auf das gröblichste diskreditiert werden muß.

Der Bürgermeister hat Stein zitiert. Allerdings war die angeführte Stelle aus dessen Städteordnung nicht von diesem, sondern stammte wörtlich aus einem französischen Revolutionsgesetz. Was aber auf den großen Staatsmann zurückgeht, ist der deutsch-revolutionäre Gedanke, daß der Staat auf der Grundlage der freien Gemeinde von unten nach oben errichtet werden muß. Deren Bürger sollten die Lösung von Aufgaben selbst in die Hand nehmen, die bis dahin die Staatsbürokratie zu bewältigen versucht hatte. Diesem Gedanken schlägt es aber geradezu ins Gesicht, wenn man eine politische Frage, wie sie die Beseitigung der künstlichen Scheidewand zwischen Hannover und Linden nun einmal war, vom privatwirtschaftlichen Standpunkte behandelt. Wenn man die Stadt, in der man lebt, mit der einen tausend enge Bande verknüpfen, als ein Aktienunternehmen hinstellt, dessen Papiere durch eine Fusion mit einer weniger prosperierenden Konkurrenzgesellschaft nicht verschlechtert werden sollen. Muß nicht der Staat, der doch ein organisches Gebilde sein soll, verkümmern, wenn sich seine Zellen so gegeneinander abschließen wie es dies seltsame Gemisch von Aufsichtsrats- und Kirchturmspolitikern auf der rechten Seite unseres Bürgervorsteherkollegiums wollte ? Die Freiheit der Selbstverwaltung wird mißbraucht, wenn man so aus selbstsüchtigen, krämerhaften Motiven den notwendigen Ausgleich zwischen zwei Nachbargemeinden, die schon längst eins geworden sind, zu verhindern versucht. Wir leben doch nicht mehr in der Zeit der sich bekriegenden souveränen Stadtrepubliken des Mittelalters. Sondern wir leben, obwohl es augenblicklich gerade nicht danach aussieht, im Zeitalter des Verkehrs, ja, man möchte bald sagen, der Völkerwanderung. Andererseits in einer Periode der potenziertesten Steigerung aller Anforderungen an die Staatsleistungen. Und weil der Staat nicht daran denken kann, den Gemeinden die eigentlich ihm obliegenden Aufgaben auf den Gebieten des Schulwesens, des Siedlungswesens, der Wohlfahrtspflege u.a. abzunehmen, hat er, der seine Bürger, wo sie auch wohnen, gleich behandeln muß, darauf bedacht zu sein, daß bei der Erfüllung seiner Staatsaufgaben gewisse Mindestleistungen überall erzielt und Verschiedenheiten in ein und derselben Wohngemeinschaft vermieden werden. Damit will ich nicht etwa einer Gleichmacherei das Wort reden, wie sie die Sozialdemokratie bei ihrer primitiven Agitation jahrzehntelang getrieben hat. Unterschiede müssen sein. Das lehren schon die Naturgesetze, die sonst gerade bei den Sozialisten in höchster Achtung stehen. Da aber, wo Unterschiede nicht nur überflüssig sondern gefährlich sind, soll man sie beseitigen, wenn man Zufriedenheit schaffen will. Und darum durften die undemokratischen Geschäftsmänner am 31. Oktober nicht obsiegen ! Wieder sehe ich ein Lächeln auf den Gesichtern meiner politischen Gegner. "Ja, ja", denken sie, "gesiegt habt ihr Demokraten. Aber wartet nur ! Der Sieg wird euch teuer zu stehen kommen. Wenn erst die sozialdemokratische Mehrheit auf dem Rathause sitzt, werdet Ihr an die Wand gedrückt, daß Ihr quietscht, d.h. wenn Ihr dann überhaupt noch da seid".

So ungefähr hörten wir's schon am 31. Oktober, hörten's vorher und nachher in den Bier- und Weinstuben, nicht selten auch von Angehörigen der eigenen Partei. Und doch habe ich für die Eingemeindung gestimmt. "Ich für meine Person möchte mit niemals den Vorwurf machen lassen, aus rein statistischen Erwägungen nicht den persönlichen Mut aufgebracht zu haben, für eine Sache einzutreten, die ich für richtig und im Interesse unserer Bevölkerung für notwendig hielt." So sprach Albert Pieper, und ich konnte mich ihm nur anschließen. Sollten wir wirklich in der uns vom Kollegen Otte freundlichst zugedachten Rolle des "Pudels", der seine Schuldigkeit getan hat, bei den nächsten Wahlen von der kommunalpolitischen Bühne abtreten müssen, könnten wir das in dem Gefühl tun, unsere Pflicht erfüllt zu haben. Auch das hat der Wortführer am 31. Oktober schon gesagt.

Ich glaube aber nun und nimmer, daß wir in Hannover in absehbarer Zeit mit einer sozialdemokratischen Mehrheit zu rechnen haben werden. Durch die Eingemeindung ist sie jedenfalls nicht entstanden. Zwar sind aus den 37 Sozialdemokraten durch das Hinzutreten der Lindener 46 geworden. Zur Mehrheit gehören aber mindestens 49. Es fehlen also drei Stimmen, und die demokratische Fraktion bleibt mit den 10 Mitgliedern, die sie jetzt zählt, das Zünglein an der Waage. Das Übergewicht der Linken über die Rechte beträgt 16 Sitze gegen 8 vor der Eingemeindung, und eine demokratische Mehrheit wird sich auch dann ergeben, wenn man die 3 Unabhängigen abrechnet. "Es stehen aber Neuwahlen bevor !" Gewiß. Sobald die neue Städteordnung fertig ist, soll neu gewählt werden. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, kann aber noch niemand mit Sicherheit sagen. Auch die Bestimmungen, nach denen gewählt werden soll, stehen keineswegs fest. Wird, was ich hoffe, als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechtes eine Mindestaufenthaltszeit in der Gemeinde gestellt, werden die beiden sozialistischen Parteien selbst dann in der Minderheit bleiben, wenn alle wahlberechtigten Personen, die am 23. Februar 1919 sozialistisch gestimmt haben und noch in Groß-Hannover wohnen, wieder sozialistisch stimmen. Denn damals brachten es Mehrheitssozialisten und Unabhängige im ganzen nur auf 50,9 Prozent der angegebenen Stimmen, obwohl der Sozialismus noch in der Maienblüte seiner hochgespannten Hoffnungen stand und Tausende von Soldaten, die in den Hannoverschen Kasernen auf ihre Entlassung warteten oder auch nicht warteten, rote Stimmzettel abgaben, ohne daß sie einen einzigen Kandidaten gekannt und eine Ahnung von den Bedürfnissen und den Zuständen der hannoverschen Stadtverwaltung gehabt hätten. Inzwischen ist der klaffende Unterschied zwischen dem, was man ihnen vorgespiegelt hatte, und dem, was unter dem harten Druck der Verhältnisse zu erreichen war, den Massen mehr und mehr zum Bewußtsein gekommen. Ein Teil hat an der einen Enttäuschung noch nicht genug und wendet sich den Unabhängigen zu. Ein anderer Teil wird am nächsten Wahltag ganz heimlich eine monarchistische Liste wählen, und ein großer Teil wird einfach zu Hause bleiben und hamstern gehen.

Daß die Sozialisten bis zu den nächsten Wahlen noch irgendwie nennenswerten Zulauf erhalten werden, glaubt kein Mensch in Deutschland. Darum lasse man uns in Ruhe mit dem Menetekel der Sozialistenmehrheit im Rathause Groß-Hannovers. Sie wird nicht kommen. Es sei denn, daß Konservative und Volksparteier ganz unvorhergesehene Dummheiten machen.

Damit fallen auch alle die Behauptungen und Erzählungen über Kommunalisierung und Sozialisierung in sich zusammen, mit denen die Gegner der Eingemeindung die Stadt alarmiert und die Verhandlungen am 31. Oktober unnötig in die Länge gezogen haben. Eine Sozialisierung, wenn man sie um ihrer selbstwillen macht – das wollen heute in ihrem Wahn nur die Unabhängigen – scheidet für ein Stadtparlament von vornherein aus. Denn sie kann nur bei ganz großen Betrieben zu einer nennenswerten Ertragserhöhung führen, und die kann sich das Reich nicht entgehen lassen. Für eine Zwangskommunalisierung fehlt aber einstweilen, wie der Oberbürgermeister gleich gesagt hat, die gesetzliche Grundlage. Sobald diese Grundlage, an deren Gestaltung nicht nur Sozialisten mitwirken, da ist, kann nicht etwa der Oberbürgermeister verfügen: "Der und der Betrieb soll kommunalisiert werden", sondern dazu bedarf es eines Beschlusses der Gemeindevertretung, in der der Oberbürgermeister höchstens eine Stimme hat, d.h. wenn ihm die neue Städteordnung dieses Recht einräumt. In der Gemeindevertretung aber werden die Demokraten, getreu ihrem Parteiprogramm und der Erklärung, die ihr Fraktionsvorsitzender am 31. Oktober abgegeben hat, mit aller Entschiedenheit jedem Versuche entgegentreten, die Existenz der kleinen Gewerbetreibenden zu vernichten. Andererseits soll man sich aber nun nicht kopfscheu machen lassen und die Kommunalisierung in Bausch und Bogen verwerfen. Sie kann bei manchen Einrichtungen sanitärer Art höchst erwünscht sein. Auch geben und gerade in dieser Zeit einige große städtische Gewerbebetriebe wertvolle Fingerzeige, wie wir unsere Finanzen verbessern können, ohne nach neuen Steuern suchen zu müssen. Ich glaube, auch von den Rechtsparteien werden solche Kommunalisierungen gutgeheißen werden.

Groß-Hannover ist entstanden.

Die hundertjährige Leidensgeschichte der Eingemeindung ist aus.

Die lästigen Verwaltungsschranken fallen.

Freunde und Gegner der Eingemeindung haben ein neues Betätigungsfeld vor sich.

Mögen sie in gemeinsamer Arbeit vergessen, was sie bisher getrennt hat!